

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

14.6.1902 (No. 159)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 14. Juni.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

N^o 159.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgesandt und übernimmt der Verlag dadurch keine Verantwortung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1902.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Oberstleutnant von Offenhardt von Verchols in Karlsruhe die unterthänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm von Seiner Durchlaucht dem Fürsten zu Waldeck und Pyrmont verliehenen Fürstlichen Verdienstkreuzes erster Klasse zu erteilen.

Mit Entschliebung Großh. Ministeriums des Innern vom 3. Juni d. J. wurde Amtsregistrator Leopold Schmelze in Wiesloch zum Bezirksamt Bonndorf und Amtsregistrator Jakob Dörwächter in Bonndorf zum Bezirksamt Wiesloch versetzt.

Durch Entschliebung der Großh. Zoldirektion vom 30. Mai d. J. wurde Medident Georg Fischer auf Ansuchen aus dem badischen Staatsdienste entlassen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Zur Polenvorlage

hielt gestern Graf Bülow eine Rede im Preussischen Herrenhause, in der er u. A. Folgendes ausführte:

Ich möchte in aller Kürze die Gesichtspunkte zusammenfassen, welche für die Politik der Regierung in den gemischt-sprachigen Provinzen maßgebend sind. Der historische Werdegang der preussischen Monarchie hat uns gezwungen, Theile fremder Nationalitäten in den preussischen Staatsverband aufzunehmen. Wir haben diesen anderssprachigen Mitbürgern das volle Bürgerrecht bei uns eingeräumt, wir haben ihnen alle verfassungsmäßigen Rechte zu Theil werden lassen, welche den übrigen preussischen Staatsbürgern zustehen. Aber eines können wir allerdings nicht thun: Wir können den anderssprachigen Elementen fremder Nationalitäten keine Autonomie einräumen; denn der preussische Staat ist ein Einheitsstaat und der preussische Staat ist ein deutscher Staat. Es ist unbestreitbar, daß die Verfassungen im Gange sind, welche im letzten Ende abzielen, auf die Lösung der gemischt-sprachigen Provinzen der preussischen Monarchie, und daß diese Verfassungen von der polnischen Agitation mit steigender Leidenschaft verfolgt werden. Es ist unbestreitbar, daß diese polnische Agitation die preussische Staatsidee, das deutsche Volksthum und die deutsche Sprache heftiger als je seit langem beschuldigt, daß sie ihre letzten Gedanken der Wiedereinrichtung eines selbständigen polnischen Reiches unerschütterlich seit langem in den Vordergrund schiebt. Das ist es, was diese Frage nach meiner Ansicht zur wichtigsten Frage unserer inneren Politik zu einer wahren Schicksals- und Zukunftsfrage unserer preussischen Monarchie macht, da sie an die Fundamente greift, welche die Monarchie und damit das Deutsche Reich tragen. Wie ist heute ein Ausschnitt aus einer geachteten, viel verbreiteten polnischen Mundart vorgetragen worden. Da heißt es: „Es ist kein Polen denkbar ohne Oberschlesien, Westpreußen, ja sogar ohne Ostpreußen. Für den preussischen Staat bedeutet der Verlust dieser Provinzen, daß die Grenzen nur wenige Meilen von Berlin entfernt bleiben. Er bedeutet gleichsam die Vernichtung und den Untergang seiner Macht, den Verlust seines Namens und seiner Blüthe. Preußen wird verringert um den vierten Theil seiner Bevölkerung und würde zur Bedeutung einer Markgrafschaft Brandenburg zurückkehren. Wir können nicht zugeben, daß man uns verhindert, an das Meer zu gelangen, eine für die Entwicklung einer großen zeitgemäßen Nation unumgängliche Bedingung. Diesen Landstreifen, welche sich unter preussischer Herrschaft befinden, kann Polen um keinen Preis entgehen. Bülow meint, die preussische Regierung verstände keinen Spaß in polnischen Angelegenheiten, aber auch wir kennen keinen Spaß, wenn es sich um Fragen unserer Zukunft handelt.“ Meine Herren, ich brauche nicht zu sagen, daß diese sehr prägnanten Ausführungen in einer Beziehung vollständig das Richtige treffen. Der Verlust der Provinz Polen würde die preussischen Landesgrenzen auf wenige Meilen von Berlin drängen und ohne Westpreußen, ohne Ostpreußen zu einem unhaltbaren Besitz machen. Wenn die letzten Ziele der großpolnischen Agitation auch nicht immer so unerschütterlich dargelegt werden, so habe ich doch auch vor kurzem in einem in Deutschland, in Westpreußen, in Graudenz erscheinenden polnischen Blatte — man hat sogar die Liebesswürdigkeit gehabt von polnischer Seite, mir dies Blatt zuzuschicken — gefunden, daß aus Polen, Westpreußen, Oberschlesien und Masuren ein eigenes polnisches Gebiet gebildet werden soll, unter einem polnischen Statthalter und mit einem eigenen polnischen Landtage. Gleichzeitig wurde ich aufgefordert, mir zu den verehrten Kollegen, die ich schon habe, noch einen besonderen Kollegen für polnische Angelegenheiten zuzulegen. (Große Heiterkeit.) Wer es sein sollte, ist aber nicht gesagt worden. (Große Heiterkeit.) Wenn wir unseren Besitz gegenüber solcher Agitation schützen, so erfüllen wir einfach unsere Pflicht. Es ist die Pflicht der Regierung, gegenüber Bestrebungen, die in das feste Gefüge des preussischen Staates einen fremden Keil hineintreiben wollen, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, damit das allgemeine Wohl nicht Schaden leide. Unser Deutschthum im Osten zu schützen, darüber mögen sich die Herren Polen keine Illusionen hingeben, dazu werden wir immer reich genug sein. (Lebhafte Beifall.) Ein französischer Minister hat einmal gesagt: La France est assez riche, pour payer sa gloire. So zu sprechen ist nicht deutsche Art, aber unsere Landsleute im deut-

schen Osten zu schützen, dafür werden wir immer die nöthigen Mittel haben. Es handelt sich um ein großes nationales Unternehmen, um die Fortführung der Aufgaben, die die preussischen Könige in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ruhmvoll gelöst haben, und an dieser Aufgabe werden wir uns nicht durch kleinliche fiskalische Gesichtspunkte irren machen lassen. Wir denken gar nicht daran, unsere polnischen Mitbürger aus ihrer Heimath vertreiben zu wollen; wir denken nicht daran, ihnen Mutter Sprache oder Religion rauben zu wollen. Wir hoffen vielmehr, daß in dankbarer Anerkennung der Wohlthaten, welche das Regiment preussischer Könige schon seit anderthalb Jahrhunderten unsern östlichen Provinzen zu Theil werden läßt, unsere polnischen Mitbürger mit der Zeit aus voller Ueberzeugung gute und loyale Preußen und Deutsche zu werden. Aber wir können nicht dulden, daß unsere Kaufleute, unsere Handwerker in den kleinen Städten des Ostens überläßt und unter Zufußnahme des Vorkaufs in ihrer Existenz vernichtet werden. Der fortschreitenden Kolonisierung unserer östlichen Provinzen wollen wir entgegenzutreten, ruhig, klar und in fester Konsequenz der Abwehr. Ich sage: in konsequenter Abwehr. Herr v. Noszkielst hat soeben das Dasein der Minister verglichen mit dem Dasein von Eintagsfliegen. Im Reichstage hat man uns verglichen mit Gräsern, die der Wind bewegt auf dem Felde und deren Spur verwischt ist, so daß man nicht weiß, wo sie geblieben sind. So schlimm ist es nicht. (Große Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß ich Herrn v. Noszkielst sobald die Freude machen werde, den Platz zu räumen. Aber wer auch immer an meiner Seite steht: gegenüber der großpolnischen Agitation wird er nicht die Waffen strecken, bevor dieselbe aufgehört, bevor alle polnischen Unterthanen in voller Einigkeit gegenüber dem preussischen Staat sich verhalten. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen dieser Polonisierung entgegenzutreten durch konsequente soziale, wirtschaftliche und kulturelle Gebung des Deutschen Ostens. Dieser Joad soll durch Gesetz, welches wir Ihnen unterbreitet haben, erreicht werden, und ich bin überzeugt, daß das Hohe Haus ihm seine Zustimmung erteilen wird. (Lebhafte Beifall.)

Ein Vertrauensvotum.

Paris, 12. Juni. Deputirtenkammer. Tribünen und Haus sind dicht besetzt. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des sozialistischen radikalen Büfflers und des Sozialisten Jaures über die allgemeine Politik der Regierung.

Jaures führt aus: Das allgemeine Stimmrecht hat das Wert der republikanischen Vertheidigung und die Aktion der letzten Jahre gutgeheißen. Die Republik ist siegreich und verjüngt aus dem von der herrlichen Reaktion gegen sie gerichteten Antikrum hervorgegangen. Wenn das Ministerium auf die Dankbarkeit des Landes ein Recht hat, so ist es weiter unumgänglich nötig, daß das neue Kabinett seine Taktik erweitere und aus der Vertheidigungspolitik zum Angriff übergehe. Ein Gesetz über die Stulspolizei würde von der radikalen Partei sehr günstig aufgenommen werden. Bezüglich der Steuerreform sind wir zufrieden, wenn die Formeln des Finanzministers eine gerechte Vertheilung der Steuern und ein System der Progression bezeichnen sollen, auch wenn diese sich in nur engen Stufen bewegen sollte.

Jaures, der bei seinem Erscheinen auf der Tribüne mit lebhaftem Beifall begrüßt wird, begründet die zukünftige Haltung der parlamentarischen-sozialistischen Gruppe: Wir wollen mit der gesammten Linken an dem Werke republikanischer Aktion, als an einem reformatorischen Werk, mitarbeiten, wir wollen aber gleichzeitig die hohen Ziele verfolgen, hinsichtlich deren das Proletariat sich organisiert hat; wir wollen die Abschaffung des Lohnnebens, und da es unmöglich ist, jedem Arbeiter Sondereigentum zuzusichern, so wollen wir die Lösung dieses Problems verfolgen durch die Umwandlung des kapitalistischen Eigentums in kollektive. Dies Ziel trennt uns von unseren radikalen Freunden. Diese wirtschaftliche Forderung setzt aber ein freies und aufgeklärtes Proletariat voraus, und damit eine Reihe von Reformen, die gestatten, eine neue Entwicklung vorzubereiten. Deshalb sind wir für die Reformpolitik, als Demokraten und als Sozialisten. Das Programm des Kabinetts scheint uns für die laufende Legislatur ungefähr zureichend. Es hat allerdings den Fehler, daß es nicht schon jetzt genau formulirte Lösungen bringt. In jeder Reformpolitik ist finanzielles Gleichgewicht notwendig. Ich habe aus dem Programm herausgelesen, daß die allgemeine Einkommensteuer die bisherigen Steuerreformen ersetzen soll. Die großen Kriegs- und Marinebudgets werden vermindert werden müssen. Die zeitweilige finanzielle Verlegenheit darf uns nicht bestimmen, die Reformen hinauszuschieben. Die Republik hat sich eben nicht rechtzeitig genug ein Werkzeug geschaffen, das wirksam genug gewesen wäre, um den Schwankungen der verschiedenen Staatseinnahmen, die sich aus den wirtschaftlichen Schwankungen ergeben, nachzugeben. Es sind mehrere Maßregeln zu treffen, um den Unterricht auf eine nationale Grundlage zu stellen; es muß eine Ermächtigung zur Ertheilung des Unterrichts eingeführt werden; das Lehrpersonal muß einer Befähigungsnachweis erbringen; die Externate müssen unentgeltlich werden u. s. w. Der Sieg der Republik wird der Sieg des Laienthums sein! Die sozialistische Partei hält die zweijährige Dienstzeit für eine notwendige Etappe zur Einführung der Gleichheit der Bürger in der Ableistung der militärischen Pflichten. Man kann jetzt nicht über diese Grenze hinausgehen ohne Gefahr für die Einrichtung selbst. Das Parlament muß das Brüsseler Abkommen annehmen, mit den nöthigen Zusätzen für die Erhaltung einer Lebensindustrie des Landes. Danach wird es notwendig sein, die Zudersteuer entweder zu ermäßigen oder abzuschaffen. Das erste Jahr der Legislatur muß diesen verschiedenen Aufgaben gewidmet sein. In der ministeriellen Erklärung befindet

(Mit einer Beilage.)

sich Lücken. Die Regierung kann die Trennung der Kirche vom Staat nicht auf unbestimmte Zeit aufschieben. Auch genügt es nicht, zu erklären, daß die Frage der Altersrenten des Studiums bedarf. Die sozialistischen Ideen finden im Lande eine immer größere Verbreitung. Die bürgerliche Gesellschaft hat noch einen anderen Grund, die sozialistischen Gedanken auszugreifen, nämlich die internationale sozialistische Vereinbarung zur Vorbereitung der allgemeinen Abruistung in den europäischen Staaten. Es gibt in der Welt viele Leute, die von Frankreich erwarten, daß es sich erhebt, um die Sprache der Menschheit zu halten! Es ist auch an der Zeit, den Widersprüchen und der Heuchelei ein Ende zu machen, namentlich mit der Gambetta'schen Formel aufzuräumen, wonach es Dinge gibt, an die man wohl denkt, aber von denen man nicht spricht. (Lebhafte Zwischenrufe.) Nichts hindert Frankreich daran, im Haag von Europa gleichzeitige Abruistung zu verlangen. (Lärm rechts.) Was hatten wir im Haag zu thun? (Zuruf von links: Komödie zu spielen!) Der Vertreter Frankreichs hat einen Antrag eingebracht und annehmen lassen, wonach die Einschränkung der militärischen Lasten für wünschenswert erklärt wird. Ich frage Herrn Millevoix und seine chancenreichen Freunde: Wer hat denn diese Konferenz einberufen? (Allgemeines Schweigen im Centrum und rechts.) Es war doch der Zar. Aus der Entwicklung des russischen Bündnisses ersieht man, daß der Gegenstand, den ich hier angedeutet habe, im Anfang gefährliche Hindernisse bot. Die Freunde des Herrn Millevoix erblicken in dem Bündnis ein kräftiges Hilfsmittel für die Wiederherstellung des Gebietsbestandes. (Lärm rechts.) Das ist durchaus wahr und dann ist man allmählich durch eine dunkle, unfehlbare Unterscheidung zu der Einsicht gelangt, daß Frankreich niemals mehr dazu berufen sein wird, nach seinen Interessen zu sehen. Das Bündnis ist ein Recht geworden, eine Art neuer Befestigung des europäischen Status quo. (Lärm rechts, Beifall links.) Man muß endlich wählen zwischen einer Politik des Friedens und einer Politik, die darin besteht, immer auf den Krieg zu warten! Meine Freunde und ich sind für die erstere Politik, denn nur der Friede enthält die Keime zu einer neuen Blüthe, und wir sind der Ansicht, daß man einen großen Fehler begeht, indem man den Sozialisten allein den Vortheil läßt, ihre Meinung mit Muth und Ehrlichkeit zu sagen. (Rufe auf verschiedenen Bänken.)

Der Kammerpräsident Bourgeois unterbricht den Redner und sagt: Ich kann nicht zulassen, daß gewisse Parteien der Kammer anderen das Privilegium des Patriotismus und der Loyalität ausschließlich zusprechen! Ich bitte Herrn Jaures, die Verantwortlichkeit der Stelle zu bedenken, von der aus er spricht.

Jaures schließt: Weil ich der Ueberzeugung bin, daß meine Worte übereinstimmen mit den Ideen, die ich verfolge, so übergebe ich sie vertrauensvoll dem Nachdenken der Zukunft, das weniger partiell sein wird, als die leidenschaftliche Gegenwart.

Abg. Sembat (Sozialist): Die ministerielle Erklärung ist schlecht wegen ihrer Widersprüche. Nachdem die Mehrheit das Vereinsgesetz angenommen hat, dürfte sie auch nicht länger zögern, das Problem der Trennung von Kirche und Staat zu lösen. Die Erklärung schneidet auch über die Zukunftsreform, die das Land wünscht, damit ein neuer Humbertschwindel unmöglich werde. Dieser Lücken wegen scheint es unmöglich, daß die Mehrheit die ministerielle Erklärung billigen kann.

Lafies (Nationalist): Entgegen Jaures' erkläre ich, daß wir ein Ziel nie vergessen werden, wie schwer auch die Lasten sein mögen, die wir dafür zu tragen haben werden. Wie sollten wir Erinnerungen vergessen können, die in unseren Herzen und in unserem Geiste lebendig sind? (Vereinzelter Beifall.) Die Möglichkeit eines Krieges ist vielleicht näher, als man glaubt. (Heftige Unterbrechung durch die Sozialisten.)

Der Vorsitzende erhebt Lafies, nicht die auswärtige Politik mit der Erörterung stehenden inneren Politik zu vermischen, was den Nationalisten Millevoix veranlaßt, sogleich eine Anfrage über die auswärtige Politik für morgen anzufordern. Abg. Lafies fährt fort: Ich wiederhole, daß der Krieg viel näher ist, als Herr Jaures es sich träumen läßt. Das ist die Meinung sehr zuständiger Leute. Der Redner verliest einen Artikel aus der „Dépêche de Toulouse“, der in diesem Sinne gehalten ist, und namentlich auf die Gefahr eines Krieges mit England hindeutet. Dieser Artikel, schreibt Lafies, ist gezeichnet: Camille Pelletau. (Lärm links, rechts und im Centrum klatschen, ironischer Beifall.) Pelletau begibt sich zu Combes, der ihm eine Bemerkung macht. Lafies bespricht alsdann den Fall Humbert. Das Ministerium hat auch eine Geldstrafenverbüßung von Reformen und Dittet um Kredit darauf. Wenn man aber Herrn Rouvier zwingt, den Schrank zu öffnen — dann ist er leer. (Große Gelächter.)

Ministerpräsident Combes erklärt, daß Land habe sich bei den Wahlen für die von dem Ministerium Waldeck-Rousseau befolgte Politik ausgesprochen. Das jetzige Kabinett fordere die Kammer auf, diese Politik mit ihm fortzusetzen, bis der Feind darnieder liege. Die Annahme des Nationalismus sei durch das Ergebnis der Wahlen nicht unterdrückt worden. Es gebe daher keinen Frieden mit ihm. Die Beteiligung eines Theiles der Geistlichkeit an den Wahlen habe diesen eine gewisse Stärke verliehen. Daß General André, fährt Combes fort, Mitglied des Kabinetts ist, beweist, daß wir das Heer vor Intriguen und Günstlingswirtschaft bewahren wollen. Das Heer ist das Unterpfand eines Bündnisses, dem wir treu bleiben wollen, und deshalb muß das Heer ein nationales und nicht ein nationalisiertes sein. Die Regierung wird das Gesetz über die Kongregationen ohne Schwäche zur Anwendung bringen. (Beifall.) Wir sind entschlossen, alle unsere Versprechungen zu halten. Wenn eine Mehrheit für Reformen vorhanden ist, so werden wir ihnen keinen Widerstand entgegensetzen. Die Mehrheit ist aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen. Sie kennt unser Programm und wird uns sagen, ob wir ihr Vertrauen besitzen. (Lebhafte und anhaltende Beifall links.)

in noch höherem Maße fortgesetzt wurde. Schon vor Hannover beginnt sich der Charakter der Gegend zu verändern, Windmühlen und Backsteinbauten charakterisieren die beginnende Tiefebene. In Hannover selbst wollte es ein glücklicher Zufall, daß wir den Grafen Waldersee im Bahnhof sahen. Nach ganz kurzer Fahrt ging's nun hinein in die Lüneburger Heide. Kiefernwälder und schwächlicher Birkenwuchs wechseln ab mit Moor- und Torflandschaften, Sandboden und Heidekraut mit fruchtbarer, namentlich Buchweizen tragender Ackerfrumme. Mit großer Erwartung näherte man sich Hamburg, wo die unzähligen Handelsschiffe mit ihrem Wald von Masten und Segeln einen überwältigenden Eindruck machten und wenigstens einen kleinen Begriff von dem großartigen Verkehr dieser ersten Seehandelsstadt des europäischen Festlandes gaben. Hier begann der letzte Teil der Reise, die holsteinische Landschaft, zuerst eben und kumpfig, im Osten dann der bewaldete wellenförmige baltische Landrücken mit einzelnen reizenden Seen, die Vegetation übrigens gegenüber unserem Süden noch weit zurück, die Bäume erst im Ausflügen begriffen. Endlich die ersten Häuser von Kiel, und in freudiger Spannung wurde um 7 1/2 Uhr Abends in den Bahnhof unserer Endstation eingefahren.

Hier nahm uns der Adjutant der ersten Abteilung der Matrosenabteilung, Herr Oberleutnant z. S. Klappenbach, in Empfang, der während des ganzen Aufenthaltes in Kiel in ebenso lebenswürdiger als sachkundiger Weise unseren Führer machte und mit großer Umsicht Alles vorher in die Wege geleitet und ein genaues Programm entworfen hatte. Vom Bahnhof führte er uns zunächst in unsere Quartiere in der Kadettenschule und dann in das große Restaurant „zur Hoffnung“ zum Abendessen, dem natürlich mit großem Appetit zugespunden wurde. Unterkunft und Verpflegung waren überhaupt musterhaft und verdienen jedes Lob.

In der Frühe des anderen Morgens zogen wir, durch ein Frühstück geführt, vorbei an den Gebäuden der Universität, dem Kaiser Wilhelm-Denkmal und dem Schloß des Prinzen Heinrich nach der Fährde am Schwanenwerder, um uns von hier überlegen zu lassen nach Gaarden, dem südlich der Bucht gelegenen Teil der in rascher Vergrößerung (jetzt 130 000 Einwohner) begriffenen Kriegshafenstadt.

Bei der Ueberrfahrt sahen wir den im innersten Winkel der Fährde liegenden Handelshafen und den größten Teil des bedeutenderen Kriegshafens. In letzterem lag beinahe fertig das am 12. Juni vorigen Jahres vom Stapel gelassene, von unserem Großherzog gekaufte Schiff „Hermann“, eines unserer größten Minierschiffe (mit 11 800 Tonnen Wasserdrängung, die Ronee 1020 Kilogramm), und u. A. ein schon vor 1 1/2 Jahren in der Kieler Werft erbautes türkisches Schiff, das immer noch hier liegt, weil es von der türkischen Regierung noch nicht bezahlt werden konnte. Daß ein solches Kriegsschiff freilich viel losen muß, kam uns recht zum Bewußtsein bei unserem nun erfolgenden Besuch der weltberühmten Kaiserlichen Werft (daneben die Krupp'sche Germania-Werft), deren großartige Anlagen einer eingehenden Besichtigung unterzogen wurden.

In Gruppen von 10-12 Mann wurden wir in alle Räumlichkeiten, auch in solche, wo sonst der Zugang einem gewöhnlichen Sterblichen nicht allzuleicht sein dürfte, geführt, und auf jede Frage Auskunft erteilt, so in die Tischlerei, in das Maschinenhaus, wo die dichtesten Panzerplatten mit der größten Leichtigkeit geschnitten werden, in die Torpedoboothäuser u. A.; auch die verschiedenen Docks (Schwimm- und Trockendocks), wo Schiffe ausgebaut werden (so zur Zeit der 120 Meter lange Prinz Adalbert und der Heimball, der mitten auseinander geschnitten und durch ein eingesehtes Stück vergrößert wird) sahen wir, und die sog. Hellinge, nach dem Wasser geneigte Bauplätze, wo die Schiffe auf Stapellagern gebaut werden und große Holzgerüste zum Himmel ragen, geben uns einen Begriff davon, wie viele Tausende von fleißigen Händen unermüdet arbeiten müssen, bis ein solcher Ozeanriesen fertig ist. Sodann betreten wir von den im Hafen liegenden Schiffen — auch die Kaiserliche Hohenzollern liegt dort — den großen Kreuzer Victoria Luise und liegen uns von den untersten Maschinenräumen bis hinauf in den oberen Geschichtsmars (Mastkorb) und zu den elektrischen Scheinwerfern führen, sehen die Übungen der Matrosen im Schießen, erhalten die einzelnen Geschütze erklärt und bewundern die tadellose Sauberkeit, die große Genauigkeit bis ins Einzelne, und die stramme Fucht der 467 Mann starken Besatzung. Unwillkürlich kommt einem der Gedanke, daß bei diesem Anblick jeder, sei er Deutscher oder Ausländer, Flottenfreund oder Flottengegner, eine gewaltige Hochachtung vor einer solchen Marine haben muß.

Badischer Landtag.

15. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer vom Freitag, den 13. Juni 1902.

(Vorläufiger Bericht.)

Unter dem Vorsitz des I. Vizepräsidenten Grafen Franz v. Bodman.

Am Regierungstische: Finanzminister Dr. Buchenberger, Domänenminister Geh. Rath Dr. Reinhard, Steuerdirektor Staatsrath Glöckner, Ministerialdirektor Geh. Rath Weder, Postdirektor Geh. Rath Seubert, Ministerialrath Ballweg, Ministerialrath Dr. Nicolai.

Nach Bekanntgabe der neuen Einkünfte und der eingekommenen Petitionen wurde in die Beratung des Beschlusses der Budgetkommission über das Budget des Großherzogtums für 1902/03 eingetreten.

Den Bericht erstattete Geh. Kommerzienrath Dissené. An der Diskussion beteiligten sich: Kommerzienrath Kraft, Geh. Rath Dr. Engler, Finanzminister Dr. Buchenberger, Geh. Rath Reinhard.

Der Antrag der Kommission, sämtliche Positionen in Ausgabe und Einnahme nach Maßgabe der Beschlüsse der Zweiten Kammer zu genehmigen, wurde einstimmig angenommen.

* **Karlsruhe, 13. Juni.** 104. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag, den 14. Juni 1902, Vormittags 9 Uhr:

1. Fortsetzung der Beratung des Beschlusses der Budgetkommission über das Spezialbudget des Eisenbahnbaues für die Jahre 1902 und 1903, und die damit zusammenhängenden Petitionen (Seite 23 ff und 36 ff des Beschlusses). — Drucksache Nr. 24 a. Berichterstatter Abg. Pfefferle.

2. Beratung des Beschlusses der Kommission für Eisenbahnen und Straßen über die Petition

- I. der Gemeinden Tauberbischofsheim, Rönigheim, Giffenheim zc.
- II. verschiedener Gemeinden des Taubergrundes und des badischen Gaues,
- III. der Städte Puch und Waldbühl, die Erbauung einer Eisenbahn von Harbheim nach Tauberbischofsheim betr.,
- IV. der Gemeinden Rülshelm, Wertheim zc., die Erbauung einer Eisenbahn von Harbheim über Rülshelm nach Brombach betr. — Drucksache Nr. 56. — Berichterstatter Abg. Kist.

Die Erkrankung des Königs von Sachsen.

(Telegramme.)

* **Sibyllenort, 13. Juni.** Der gestern Abend 6 Uhr ausgegebene Krankheitsbericht lautet: Das Befinden Seiner Majestät des Königs war am heutigen Tage ein sehr wechselndes. Die Erscheinungen hedeutlicher Schwäche herrschen vor. Selten und nur auf kurze Zeit zeigt der Kranke größere Teilnahme. Der Zustand ist nach wie vor ein ernster.

* **Sibyllenort, 13. Juni.** Das Bulletin von heute Morgen 7 Uhr lautet: Die Nacht war allgemein unruhig. Erft gegen Morgen trat mehrstündiger Schlaf ein. Das erste Frühstück wurde mit Appetit eingenommen.

Ostasiatisches.

(Telegramme.)

* **Berlin, 13. Juni.** Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht eine Allerhöchste Ordre vom 1. Mai, betreffend Verringerung und Neugliederung der ostasiatischen Besatzungsbrigade, wonach diese künftig folgende Gliederung erhält: Brigadeführer, erstes und zweites ostasiatisches Infanterie-Regiment je zu 3 Bataillonen zu 3 Kompanien, ostasiatisches Eskadron Jäger zu Pferde, erste ostasiatische (fabrende) Batterie, 2 ostasiatische (Gebirgs-) Batterie, ostasiatische Pionierkompanie, ostasiatisches Feldlazarett Nr. 1 und 2. Die übrigen Teile der Besatzungsbrigade sind nach Deutschland zurückzuführen und aufzulösen. Nach einer weiteren Ordre vom 3. Juni ist diese Neugliederung nunmehr durchzuführen. Das 3. Bataillon des 1. ostasiatischen Infanterie-Regiments ist nach Singtau zu verlegen, sobald die für die Unterbringung erforderlichen Vorkehrungen getroffen sind. Der Kriegsminister gibt gleichzeitig die künftigen Standorte der Truppenteile der Besatzungsbrigade bekannt.

* **London, 13. Juni.** Die „Times“ meldet aus Peking vom 12. d. M., der britische Gesandte habe der ratenmäßigen Herabsetzung der Kriegsentfädigungsansprüche um etwa 2 Proz. zugestimmt.

* **Hongkong, 12. Juni.** Nach Berichten aus Kanton wurden die Aufständischen, welche Kwailing, die Hauptstadt von Kwangsi, umzingelten, von den kaiserlichen Truppen geschlagen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* **Berlin, 12. Juni.** Der frühere japanische Premierminister Graf Matsukata ist auf einer Rundreise zum Studium der Volkswirtschaft und des Finanzwesens hier eingetroffen. Er stattete dem Staatssekretär des Auswärtigen, v. Richthofen, einen Besuch ab. Graf Matsukata hält sich in Deutschland bis zum 21. Juni auf und begibt sich dann zu den Krönungsfeierlichkeiten nach London, später nach Oesterreich und Ungland.

* **Saag, 12. Juni.** Die Konvention zur Regelung von Widersprüchen in den Gesetzen der verschiedenen Staaten über Eheschließung, Ehescheidung, Trennung von Tisch und Bett und Schutz der Minderjährigen wurde von Deutschland, Belgien, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz, Spanien, Schweden, Rumänien und Luxemburg unterzeichnet.

* **Wien, 12. Juni.** Abgeordnetenhauss. Zur Beratung steht zunächst ein Dringlichkeitsantrag Berger wegen der Zurückziehung der Vorlage, betreffend das Donaudampfschiffahrts-Abkommen. Während der Ausführungen Berger's kommt es zu lebhaften Kontroversen zwischen Edömerer und einigen Abgeordneten einerseits und dem Abgeordneten Wolf, wobei Beschimpfungen scharfster Art fallen. Das Haus lehnt die Dringlichkeit ab.

* **Budapest, 12. Juni.** Abgeordnetenhauss. In Beantwortung einer Interpellation sagte der Finanzminister, er müsse gegenüber den Gerüchten, daß die Delegierten Deutschlands auf der Brüsseler Zuckerkonferenz die ungarischen Delegierten nicht loyal unterstützen hätten, erklären, daß dies grundlos sei. Das Verhalten der deutschen Delegierten sei durchaus loyal gewesen.

* **Rom, 13. Juni.** Deputiertenkammer. Bei Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern hebt Minister Giolitti hervor, der Verlauf der heutigen Erörterung zeige im Gegensatz zu der im Vorjahre, daß auch die konservative Partei zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß Italien in Zukunft für eine freiheitliche Regierung reif sei. Auf verschiedene Anfragen erklärt Giolitti, in den Fragen der Sozialpolitik sei die Regierung von der Absicht geleitet, daß sie keine Klassenregierung sein dürfe. — Minister Prinetti legte der Kammer ein deutsch-italienisches Abkommen, betreffend Aenderung des bisherigen Abkommens über Patente, Marken und Markenrecht vor.

* **London, 12. Juni.** Die englische Mission nach dem Tschadsee unter Oberst Morland hatte vollen Erfolg. Die Franzosen zogen sich beim Vorrück der Engländer zurück.

* **New-York, 12. Juni.** Die Verschmelzung der amerikanischen Schiffsbaugesellschaften ist erfolgt. Sie umfaßt 8 große Gesellschaften.

* **Prätoria, 13. Juni.** Bis heute haben sich 11 022 Mann ergeben.

Verschiedenes.

† **Berlin, 13. Juni.** Dem verstorbenen Unterstaatssekretär Rebe-Plughaedt widmet der „Reichsanzeiger“ einen

Nachruf, dem wir folgendes entnehmen: „Ausgezeichnet durch reiches Wissen, klaren Urtheil, umfassende Geschäftskenntnis und unermüdeten Dienstesifer, hat Rebe-Plughaedt in allen Dienststellungen vorzügliches geleistet. Seine echt patriotische Haltung und die ihm eigene Milde der Bestimmung erwarben ihm die Hochachtung weiter Kreise und befähigten ihn im hervorragenden Maße zu der ihm gestellten besonderen Aufgabe, an der Verschmelzung der verschiedenen preussischen Rechtsgebiete zu einer Einheit mitzuwirken. Der größte Teil seiner Laufbahn gehört dem Justizministerium an; in ihm hat Rebe-Plughaedt an den umfassenden gesetzgeberischen Arbeiten, die von der Gründung des Deutschen Reiches bis zum Erlasse des Bürgerlichen Gesetzbuches zu betätigen waren, hervorragenden Antheil genommen. Vier Justizministern war er ein treuer zuverlässiger Berater, den Mitgliedern des Ministeriums ein Vorbild gewissenhafter Pflichterfüllung — das Muster eines preussischen Beamten in selbstloser Hingabe an seinen Beruf. In den langen Jahren seiner Thätigkeit im Justizministerium hat er, unterstützt durch ein ausgezeichnetes Gedächtnis, eine seltene Summe von Erfahrungen gesammelt und vertieft. Sein Scheiden aus dem Ministerium wurde als ein schwerer Verlust empfunden. Unauslöschlich aber ist die dankbare Erinnerung an ihn für Alle, die ihn kannten, und untrennbar ist sein Andenken mit der Geschichte des preussischen Justizministeriums verknüpft.“

† **Berlin, 13. Juni.** (Telegr.) Der Erfinder Hermann Ganswindt wurde gestern Nachmittag aus der Untersuchungshaft entlassen.

† **Paris, 12. Juni.** Das Zivilgericht sprach heute das Urtheil in dem Prozeß der Witwe des Obersten Henry gegen Reinech und das Journal „Le Siecle“. Die Witwe Henry hatte 200 000 Frs. Schadenersatz nebst Zinsen verlangt. Das Gericht verurtheilte Reinech und den „Siecle“ zur Zahlung von 500 Frs. an die Witwe Henry und Sohn.

† **London, 12. Juni.** Das Reutersche Bureau meldet aus East London vom 11. Juni. Während eines heftigen Sturmes sind gestern drei Segelschiffe, „Aurora“ (Schwede), „Eise Lind“ (Deutschland), „Atbara“ (Norwegen), auf dem Strand geworfen und gescheitert. Die aus 11 Mann bestehende Besatzung der „Atbara“ ertran. Die übrigen Mannschaften wurden gerettet.

Stand der Badischen Bank

am 7. Juni 1902.

Aktiva.	
Metallbestand	4 888 892 M. 57 Pf.
Reichsflasseinscheine	28 745 „ — „
Noten anderer Banken	92 800 „ — „
Wechselbestand	13 870 086 „ 89 „
Pombarfordorderungen	15 616 635 „ — „
Effekten	452 947 „ 78 „
Sonstige Aktiva	8 139 638 „ 51 „
37 588 700 M. 75 Pf.	
Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 971 958 „ 09 „
Umlaufende Noten	13 922 800 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	12 280 573 „ 12 „
An Kündigungskrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	413 369 „ 54 „
37 588 700 M. 75 Pf.	

Die weiter Begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 1 269 442 M. 96 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater Karlsruhe.

Samstag, 14. Juni. Abth. A. 63. Ab.-Vorst. (Kleine Presse). „Wallenstein“, II. Theil. „Wallenstein's Tod“ in 5 Akten. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Sonntag, 15. Juni. Abth. B. 63. Ab.-Vorst. (Mittelpresse). „Die Afrkanerin“, große Oper mit Ballet in 5 Aufzügen von Eugen Scribe, deutsch v. Gumbert, Musik von G. Meyerbeer. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Wetter am Donnerstag den 12. Juni 1902.

Hamburg, Neufahrwasser, Breslau, Chemnitz ziemlich heiter, Swinemünde meist bewölkt, Münster Reg. und München Nachts Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 13. Juni 1902, Vormittags 7 Uhr.
Triest bedekt 18°, Rizza Nebel 15°, Florenz wolkenlos 19°, Rom wolkenlos 18°.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. v. 13. Juni 1902.

Der hohe Luftdruck hat sich seit gestern ganz auf Nordosteuropa zurückgezogen und über England und der südlichen Nordsee ist ein umfangreiches Minimum erschienen; ein zweites liegt über dem östlichen Mitteleuropa. Das Wetter ist auf dem Festlande trüb oder unbeständig und regnerisch. Trübes und kühles Wetter mit Regenfällen ist zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Feuchtigk. seit in Proz.	Wind	Himmel
12. Nachts 9 ⁰⁰ U.	741.5	16.8	12.2	85	NE	heiter
13. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	744.3	14.8	10.3	83	SE	bedekt
13. Mittags 2 ⁰⁰ U.	744.4	19.6	8.2	49	„	„

Regen.
Höchste Temperatur am 12. Juni: 24.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 13.5.

Niederschlagsmenge des 12. Juni: 1.1 mm.

Wasserstand des Rheins. Mainz, 13. Juni: 5.04 m, gefallen 4 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe.

Anzeigen

finden weiteste Verbreitung in der über ganz Baden gleichmäßig vertheilten **Karlsruher Zeitung.**

